

"Bananen für die Affen" in Der Spiegel (27. Februar 1957)

Quelle: Der Spiegel. 27.02.1957. Hamburg. "Bananen für die Affen", p. 13.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bananen_fur_die_affen_in_der_spiegel_27_februar_1957-de-a6157000-2b1f-4f7a-b4fc-b5a33eaebe37.html

Publication date: 05/11/2015



Bananen für die Affen

Bundeskanzler Konrad Adenauer saß mit seinem Außenminister Heinrich von Brentano und seinem Botschafter in Paris, Vollrath Freiherr von Maltzan, im Salon des Pariser Flughafens. Er wartete darauf, daß die Funkanlage seiner Lufthansa-Maschine in Ordnung gebracht wurde. Er wollte — es war Mittwoch letzter Woche — nach Bonn zurückfliegen.

Der Kanzler war in seinem Mercedes, der eigens aus Bonn für zwei Tage nach Paris befohlen worden war, mit einer Polizeieskorte zum Flugfeld gerast, eine halbe Stunde, nachdem die Konferenz über den Gemeinsamen Europäischen Markt und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) ihr Ende erreicht hatte. Aber alle Eile nutzte nichts. Es dauerte eine Dreiviertelstunde, bis die Lufthansa-Maschine startklar war.

Diese Spanne Zeit bot dem Kanzler und seinem Außenminister noch einmal Gelegenheit, auf französischem Boden über den Wert europäischer Zusammenarbeit nachzudenken. In vertrautem Gespräch machten die beiden Politiker voreinander kein Hehl daraus, wie jämmerlich es doch noch um das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl bestellt sei, wenn man zur Tat schreite — trotz aller gegenteiligen Lippenbekenntnisse.

Die Konferenz über den Gemeinsamen Europäischen Markt, die kurz vorher zu Ende gegangen war, hatte nämlich keineswegs einen brüderlichen europäischen Kompromiß, sondern einen bedeutenden und sicheren Erfolg für Frankreich erbracht (s. Übersicht S. 15). Die Deutschen hatten unter Zeitdruck verhandelt und immer wieder nachgegeben, weil sie es nicht riskieren wollten, das Projekt platzen zu lassen.

Konrad Adenauer sah nach der Hetzjagd durch die Konferenz und zum Flugplatz müde und abgespant aus. Er freute sich auf seinen Urlaub am Comer See, wo Adjutant Kilb schon Quartier gemacht und Ausflugswege für lange Spaziergänge ausgekundschaftet hat. Die zwei Pariser Verhandlungstage — Dienstag und Mittwoch letzter Woche —, an denen er mit den Regierungschefs Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs konferiert hatte, waren für den 81jährigen recht anstrengend gewesen. Vierzehn Stunden lang hatte der Kanzler am Dienstag verhandeln müssen, ein Pensum, das manchen jüngeren Mann an den Rand der Erschöpfung gebracht hätte.

Der Kanzler war nach Paris gekommen, um „die unumgängliche politische Grundsatzentscheidung zu fällen, die Europa jetzt braucht“. Konrad Adenauer wollte ohne eine endgültige Entscheidung für den Gemeinsamen Markt und für Euratom nicht wieder abfahren.

Die diplomatischen und propagandistischen Begleiter Konrad Adenauers standen unter der Zwangsvorstellung des drohenden Beispiels der Brüsseler EVG-Konferenz von 1954, die gescheitert war, weil aus grundsätzlichen und persönlichen Motiven dem damaligen französischen Premier- und Außenminister Mendès-France die letzten Zugeständnisse verweigert wurden⁽¹⁾. Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano und Felix von Eckardt waren fest entschlossen, es diesmal nicht so weit kommen zu lassen; sie waren nach Paris gereist, um einen neuen Rückschlag der Adenauerschen Europa-Politik um jeden Preis — oder um fast jeden Preis — zu verhindern. Daß dieser Preis sehr hoch sein würde, war schon in den Expertenverhandlungen deutlich geworden, die nach der Außenminister-Konferenz in Messina vom Juni 1955 begannen; damals hatten die Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs ihre prinzipielle Bereitschaft proklamiert, die Zollgrenzen zwischen ihren Staaten einzureißen, einen gemeinsamen Markt zu bilden und gegenüber anderen Ländern einen gemeinsamen Zolltarif anzuwenden. Gleichzeitig sollte eine Europäische Atomgemeinschaft gegründet werden.

Es zeigte sich jedoch bald, wie schwer diese Ziele zu erreichen waren. Ohne Schutzzölle waren Teile mancher Volkswirtschaften — etwa die französische Landwirtschaft — nicht mehr konkurrenzfähig. Die sechs Länder haben ungleiche soziale Lasten, ungleiche Zollsätze, ungleiche Exportsubventionen.

Aber den Sachverständigen, die in Brüssel verhandelten, gelang es schließlich doch, eine Reihe von Kompromissen zu Papier zu bringen (SPIEGEL 6/1957). Über eine Anzahl anderer Fragen war jedoch keine

Einigung möglich. Es bedurfte des vollen Einsatzes französischer Advokatencourage, um den fünf Verhandlungspartnern klarzumachen, es liege im Interesse eines Gemeinsamen Europäischen Marktes, wenn Frankreich auf drei Forderungen bestehe

- Es müsse Frankreich erlaubt sein, die staatlichen Subventionen zur Stützung der französischen Exportpreise und die Importsteuern (zusätzlich zum Zoll) auf ausländische Warenimporte ohne zeitliche Begrenzung aufrechtzuerhalten, auch auf Importe aus den Markt-Ländern.
- Jeder Mitgliedstaat müsse das Recht haben, im Fall eines zu hohen Zahlungsbilanzdefizits oder zu geringer Gold- und Devisen-Reserven den Abbau der Zölle — die langsam auf ein allgemeinverbindliches Niveau gebracht werden sollen — zu stoppen.
- Alle Mitgliedstaaten müssten aus ihren staatlichen Haushaltsmitteln Investitionsgelder für die überseeischen Gebiete — vor allem Frankreichs — bereitstellen: die zahlenden Länder sollten aber nur ein begrenztes Mitspracherecht haben; die letzte Entscheidung, wie diese Investitionsmittel verwendet werden, sollte den Besitzern der betreffenden Gebiete vorbehalten bleiben.

Politisch war Frankreichs Position — nach dem Suez-Konflikt — sehr viel schwächer als 1954 bei den Brüsseler EVG-Verhandlungen. Zudem hatten die Franzosen in den meisten Fällen die ökonomische und politische Vernunft gegen sich. So konnten sie denn auch zunächst mit ihren Sonderwünschen nicht durchkommen, solange Konrad Adenauer nicht in die Verhandlungen eingeschaltet war.

Die deutschen Experten bei den Vorverhandlungen in Brüssel waren am hartnäckigsten gewesen. Gelegentlich hatten sie in Konferenzpausen die holländischen Verhandlungsteilnehmer gebeten, gegen bestimmte französische Vorschläge zu opponieren. Wenn die Holländer zurückfragten, warum die Deutschen ihre Opposition in diesem oder jenem Punkt nicht selbst vertreten wollten, bekamen sie zur Antwort, das Bundeskanzleramt habe den deutschen Experten nahegelegt, aus politischen Gründen den französischen Vorschlägen nicht allzuviel Widerstand entgegenzusetzen.

Staatssekretär Walter Hallstein hatte in Brüssel, Paris und Bonn hartnäckig und mit der ihm eigenen peinlichen Gründlichkeit Punkt für Punkt die Markt- und Euratom-Projekte durchverhandelt. Außenminister Heinrich von Brentano verhandelte zwar großzügiger als Hallstein, aber doch immerhin so fest, daß es Frankreichs Unterhändler Maurice Faure nicht gelang, alle die deutschen Zugeständnisse herauszuholen, die seine Regierung wünschte. Also mußte der in Paris schwächste und in Bonn mächtigste Mann der deutschen Gegenseite an den Tisch gebracht werden: Konrad Adenauer.

Das war der Grund für die Einladung, die Frankreichs Ministerpräsident Guy Mollet an seine fünf westeuropäischen Kollegen ergehen ließ. Die deutschen Experten und die Bonner Diplomatie hatten die Falle gleich gesehen: Auf deutscher Seite war die Idee einer Konferenz der Regierungschefs sehr reserviert aufgenommen worden. Man war bis dahin in allen europäischen Verhandlungen seit Kriegsende ohne eine solche Konferenz ausgekommen.

In Krisenfällen waren die Außenminister zusammengetreten und hatten nach politischen Gesichtspunkten die Gegensätze durch Kompromisse überwunden. Die Außenminister hatten genügt, um die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft zu gründen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu bilden, die Bundesrepublik in den Atlantikpakt aufzunehmen und die Westeuropäische Union umzuwandeln. Die Antwort auf die Frage, warum beim Gemeinsamen Markt nun auf einmal die Regierungschefs heransollten, war einfach und eindeutig: Weil Konrad Adenauer bei all den anderen Verhandlungen auch noch Bonner Außenminister war, heute aber nur an den Verhandlungstisch zu bekommen ist, wenn man die Regierungschefs einlädt.

Diese Konferenz der Regierungschefs begann am Dienstag letzter Woche. Sie sollte jene Punkte erledigen, die bis dahin weder von den Sachverständigen noch von den Außenministern hatten geklärt werden können. Die Franzosen hatten schon erreicht, daß sie ihre Exportsubventionen und Importsteuern beibehalten und bei schwieriger Finanzlage den Zollabbau stoppen dürfen. Offen war noch die Frage, wie die Investitionen in den Überseegebieten gemeinsam kontrolliert werden könnten, wie hoch die Investitionsbeiträge der einzelnen Mitgliedstaaten sein sollten und wer das Eigentum an den Kernbrandstoffen haben sollte.

In diesem Augenblick hätte von deutscher Seite wenigstens das Prinzip der gemeinsamen Investitionskontrolle in den überseeischen Gebieten durchgesetzt werden können, hätten die deutschen Unterhändler nur Geduld bewahrt, und hätten sie es darauf ankommen lassen, eine Vertagung in Kauf zu nehmen. Aber Konrad Adenauer verzichtete darauf. So bleibt das letzte Wort über die Verwendung der 200 Millionen Dollar, die aus dem bundesdeutschen Vermögen in fünf Jahren in die überseeischen Gebiete geworfen werden, bei den Besitzern dieser Gebiete.

Auch über die Frage, wie hoch die Beiträge der sechs Staaten zu dem Investitionsfonds sein sollten, einigte man sich in französischem Sinne. Am Dienstag, nach dem Mittagessen, das beim französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet genommen wurde, zogen sich Konrad Adenauer und Guy Mollet zu einem Spaziergang in den Park des Hotels Matignon zurück; das Hotel ist der Amtssitz des französischen Ministerpräsidenten. Nach kurzer Zeit begann es ein wenig zu nieseln. Die beiden Regierungschefs stellten sich deshalb im Gartenhaus des Parks unter, wo sie eine knappe halbe Stunde blieben.

Der holländische Ministerpräsident Willem Drees hatte die Szene durch eines der großen Fenster des Hotels Matignon beobachtet. Da sagte ein holländisches Delegationsmitglied zu seinem Regierungschef: „Jede Minute dieser Unterhaltung dort kostet den Herrn Adenauer mindestens eine Million.“ Drees fragte: „Meinen Sie, daß er umfällt?“ Der Delegierte antwortete: „Das sind wir doch gewohnt.“ Aber auch die Holländer gingen schließlich auf die französischen Wünsche ein, wie die Italiener, Belgier und Luxemburger.

Dann kam die Kernbrennstoffregelung für den Euratomvertrag an die Reihe. Die Franzosen wünschten, diese Stoffe sollten Eigentum der Euratombehörde sein, die Deutschen wollten nationales Eigentum haben.

Den Deutschen schien eine Reihe von Gründen für die nationale Lösung zu sprechen. Sind die Kernbrennstoffe Euratom-Eigentum, so wird ihre Verwendung von dieser internationalen Behörde dirigiert. Die Behörde hätte dadurch Einblick in deutsche Betriebsgeheimnisse, was von vielen Experten für unerwünscht gehalten wird.

Deutsche Industrielle wenden sich vor allem gegen das Euratom-Eigentum, weil sie die Gefahr wittern, auf diese Weise könne die Energieproduktion der privaten Hand entgleiten und eine Angelegenheit der öffentlichen Hand werden, was mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nicht in Einklang zu bringen sei. Außerdem schließt das Eigentum der Euratom-Behörde an allen Kernbrennstoffen die Möglichkeit einer zweiseitigen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit aus.

Aber die deutsche Delegation in Paris stimmte schließlich dem französischen Vorschlag zu, daß alles Kernmaterial der Euratom-Behörde gehören soll.

Kein Experte war in der Lage, Konrad Adenauer mit Argumenten wirtschaftlicher Vernunft beizukommen. Der Kanzler und seine politischen Berater setzten sich über die Leute mit wirtschaftlichem Fachverstand hinweg.

Der Gegensatz zwischen den Spezialisten aus den einzelnen Ministerien und den Einzelabteilungen des Auswärtigen Amtes einerseits und den Politikern und rein politisch denkenden Diplomaten aus den Hauptabteilungen des Auswärtigen Amtes andererseits hatte sich in den letzten Verhandlungswochen so zugespitzt, daß die Politiker auf die Vorlagen der Experten kaum noch Rücksicht nahmen, während andererseits die Experten hartnäckig dabei blieben, ihre fachlichen Einzelgesichtspunkte müßten durchgesetzt werden.

Die Experten zogen schließlich den kürzeren, denn Kanzler Konrad Adenauer war am politischen Prinzip und nicht so sehr an der wirtschaftlichen Wirklichkeit interessiert. Heinrich von Brentano allerdings kommentierte die Tatsache, daß die Bundesrepublik beispielsweise zweitklassige Südfrüchte zollfrei aus den französischen Überseegebieten beziehen wird, vor ihren bisherigen Lieferanten erstklassiger Ware dagegen Zollschränken errichten muß, mit den Worten: „Ich soll hier Dutzende von Millionen für Bananen ausgeben,

die nicht mal die Affen im Zoo fressen."

Nacheinander verließen die Fachexperten am letzten Verhandlungstag das Hotel Matignon, um in ihre eigenen Quartiere zurückzugehen. Die sachlichen Verhandlungen wurden — ein wohl einmaliger Fall in der Geschichte der Diplomatie — nicht an Hand fachmännisch ausgearbeiteter kompletter Vertragsentwürfe, sondern von den Politikern, mit Konzeptzetteln geführt. Das Ergebnis war, daß nach der Grundsatzerklärung über die Gründung des Gemeinsamen Marktes niemand genau sagen konnte, welche technischen Einzelheiten bereits endgültig vereinbart waren und welche jetzt erst noch ausgehandelt werden müssen.

Im Abschlußkommuniqué heißt es: „Nach dieser Sitzung stellten die Minister fest, daß ihre unter dem aktiven Einfluß von Herrn Spaak geführten Arbeiten genügend fortgeschritten sind, so daß ihr Ergebnis in nächster Zeit ihren jeweiligen Kabinetten vorgelegt und die Unterzeichnung der beiden Verträge für einen nahen Zeitpunkt in Rom in Aussicht genommen werden kann." Mit anderen Worten: Unterzeichnungsreif ist noch nichts, aber man hofft, daß es bald so weit sein wird.

Kanzler Adenauer erklärte beim Abflug von Paris: „Die Verhandlungen waren sehr schwierig, denn die Probleme waren kompliziert, und viele verschiedene Aspekte mußten berücksichtigt werden. Aber ich bin trotzdem zufrieden." Und als man wieder in Bonn war, stellte Heinrich von Brentano seine Betrachtungen vor der Pressekonferenz unverblümt unter das Leitwort: „Das Wesentliche ist der politische Aspekt, dem sich die wirtschaftspolitischen Interessen unterzuordnen haben."

1 Auf der Brüsseler Außenminister-Konferenz im August 1954 wurde der Gedanke einer Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft zu Grabe getragen. Die fünf Partnerstaaten Frankreichs weigerten sich, den 62 Änderungsvorschlägen des damaligen französischen Außenministers Mendès-France zuzustimmen, die faktisch eine Aufhebung des übernationalen Charakters einer EVG-Armee bedeutet hatten.